

Protokoll

X. ordentliche Vollversammlung

der

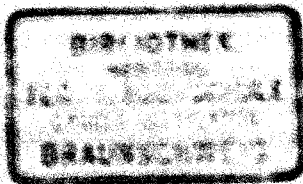
Handwerkskammer
für das Herzogtum Braunschweig

Montag, den 30. Mai 1910

vermittle 10¹ , Uhr

in

„Gildehaus“ zu Braunschweig



Protokoll

ordentliche Vollversammlung

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig

Vertrag vom 17. Juni 1890

und 18. Juli 1890

Gliederung des Handwerks

1890

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
 2. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.
 3. Abnahme der Jahresrechnung für 1908/09.
 4. Festsetzung des Haushaltsplanes 1910/11.
 5. Submissionswesen betr.
 6. Fortbildungsschulwesen betr.
 7. Verschiedenes.
-

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Göcke, Eicke, Froböse, Hahn, Tolle, Vehe, Meyer, Zenker, Wienecke, Märtens, Berger, Wolf, Sprötge und Herbst, sämtlich aus Braunschweig, Fischer aus Hagen (Thedinghausen), Kronemann, Müller, Kauffmann, Noack, Seubert und Kantner, sämtlich aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Geffers, Hardeweg und Kretzer aus Helmstedt, Birkholz aus Königslutter, Bierwagen aus Schöningen, Bethge aus Calvörde, Rose, Bierberg und Ewig aus Gandersheim, Wilhelm, Schröder und Winkler aus Seesen a. H., Lutterberg, Ehlers und Kumlehn aus Holzminden, Blume aus Stadtoldendorf, Kaulitz, Liesmann und Heuwold aus Blankenburg a. H., sowie der Kommissar der Kammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann, der mitunterzeichnete Sekretär der Kammer, Herr Assessor Baumgarten, und der Leiter des Handwerker-Lehrlingsheims, Herr Lehrer W. Bauersfeld.

Entschuldigt fehlen die Herren: Burgdorf, Horney und Hirsekorn aus Braunschweig, Kiehne aus Wolfenbüttel und Block aus Schöningen und sind für dieselben mit Ausnahme des Herrn Hirsekorn, dessen Ersatzmann, Herr Schrader-Calvörde, verstorben ist, deren Ersatzmänner, die Herren Bühring und Schütte aus Braunschweig, Döhler aus Schöppenstedt und Kayser aus Helmstedt erschienen.

Der Vorsitzende, Herr Osterloh, eröffnet um 10³/₄ Uhr die Sitzung mit etwa folgenden Worten:

„Meine sehr verehrten Herren! Ich begrüße Sie heute zu unserer X. ordentlichen Vollversammlung. Sie wissen ja alle, daß jetzt 10 Jahre verflossen sind, seitdem die Handwerkskammer zum erstenmal zusammentrat und Sie wissen auch ferner, was die Handwerkskammer in diesen 10 Jahren erreicht hat oder wenigstens zu erreichen versucht hat. Wenn auch nicht alles erreicht ist, was der eine oder der andere vielleicht gehofft hat, so glaube ich doch, und das werden auch Sie zugeben müssen, daß manches in den verflossenen 10 Jahren zu Nutz und Frommen unserer Handwerker erreicht und vollbracht wurde. Vor allem ist das Handwerk durch die Handwerkskammer mehr und mehr zusammengebracht und hält wieder mehr wie früher auf die Standesehre. Selbst wenn dieses nur das einzigste Verdienst der Kammer wäre, so würde das allein schon die geleistete Tätigkeit lohnen. — Ich begrüße Sie nochmals auf das herzlichste und danke Ihnen für Ihr pünktliches Erscheinen. Insbesondere begrüße ich auch den Kommissar unserer Kammer, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann und nehme Veranlassung, ihm abermals den herzlichsten Dank für seine im Interesse des Handwerks geleisteten Mühen und Arbeiten auszusprechen. Ich will hoffen, daß unsere heutigen Verhandlungen dem Handwerk zum Wohl und Segen gereichen mögen.“

Hierauf stellt der Vorsitzende fest, daß die Versammlung gemäß § 23 der Satzungen der Kammer ordnungsmäßig einberufen ist und zwar sowohl durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder von 21. Mai ds. Js. als auch durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 22. Mai ds. Js. Nachdem dann die Anwesenheitsliste in Umlauf gesetzt, führt der Vorsitzende noch folgendes aus:

Vor Eintritt in die Tagesordnung müsse er ein unangenehmes und bedauerliches Vorkommnis in der Landtagssitzung vom 16. März ds. Js. zur Sprache bringen, das in Handwerkskreisen viel Unruhe und Zwistigkeiten hervorgerufen habe. Vor allem wolle er über den eingenommenen Standpunkt der drei Landtagsabgeordneten Herbst, Meyerhoff und ihn, soweit es noch einer Aufklärung bedürfe, diese geben, da in den verschiedensten Versammlungen in und auch außerhalb Braunschweigs insbesondere die Abgeordneten Herbst und Meyerhoff ungerechtfertigter Weise angegriffen worden seien. Er persönlich habe sich bemüht, soweit er Gelegenheit dazu gefunden habe, die nötige Aufklärung zu geben und wolle jetzt zunächst den Verlauf der Landtagsverhandlung vom 16. März etwas genauer vorführen.

Das Kapitel 12 des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1910/12 „Außerordentliche Verwendung zu Staatszwecken“ habe in dieser Sitzung zur Beratung gestanden. Ebenso wie in der vorjährigen Finanzperiode seien unter Nr. 5 für die Förderung des Handwerks 10 000 Mark und unter Nr. 6 für die Förderung der Landwirtschaft 40 000 Mark in den Etat eingestellt gewesen. Hierbei wolle er aber gleich bemerken, daß, abgesehen von diesen 10 000 Mark, von Herzoglichem Staatsministerium noch eine ganz bedeutende Summe, nämlich 120 000 Mark für die Handwerker-Fortbildungsschulen in dem Etat vorgesehen wären. Vor Beginn der Sitzung seien nun einige Vertreter der Landwirtschaft mit der Frage zu ihm gekommen, ob er nicht, ebenso wie sie für die Landwirtschaft, auch für das Handwerk eine Erhöhung des festgesetzten Betrages beantragen wolle, worauf er entgegnet habe, daß augenblicklich für das Handwerk absolut keine Veranlassung vorläge, mehr als 10 000 Mark, die von Herzoglichem Staatsministerium selbst in den Etat aufgenommen seien, zu beantragen. — Über die eigentliche Verhandlung gebe wohl der stenographische Bericht den besten Aufschluß, den er darum verlesen wolle und der folgendermaßen laute:

Zu der Nr. 5 (Fonds zur Förderung des Handwerks) führte der Abgeordnete von Dähne aus:

Meine Herren! Ich stelle den Antrag, die zur Förderung des Handwerks ausgeworfenen Summen auf denjenigen Betrag zu erhöhen, der zur Förderung der Landwirtschaft ausgeworfen ist. (Heiterkeit!)

Ja, meine Herren, das scheint Heiterkeit zu erregen; aber es ist eine durchaus ernste Sache! Denn die Lage der Handwerker ist besonders unangenehm geworden durch die neue sogenannte Reichsfinanzreform, die eine ganz unangeahnte Rückwirkung im ungünstigen Sinne auf das Handwerk ausgeübt hat, so daß seine Lage wirklich der Notlage der Landwirtschaft nichts nachgibt. Ich meine, was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Ich glaube daher, mein Antrag ist wohlbegründet, so daß ich auf Ihre Zustimmung hoffen darf.

Abgeordneter Behr: Meine Herren! Ich will nicht eingehen auf die Reichsfinanzreform; das würde wahrscheinlich unsere Zeit ziemlich lange in Anspruch nehmen. Aber ich möchte dann doch dem Herrn Abgeordneten von Dähne die Frage vorlegen, ob er in diesem Punkte mit dem Handwerke Fühlung genommen hat, und ob das Handwerk ihm irgendwie mit derartigen Anträgen gekommen ist, oder ob der Antrag von ihm selbst ausgeht.

Abgeordneter von Ernst: Meine Herren! Ich kann den Antrag des Herrn Abgeordneten von Dähne nur warm unterstützen. Ich habe wohl Fühlung mit dem Handwerk in Gandersheim, wenn auch gerade nicht in der Frage der Reichsfinanzreform genommen. Sowohl bei uns, als auch in anderen kleineren Städten ist jede Förderung des Handwerks dringend erwünscht. Ich befürworte daher den Antrag von Dähne auf das wärmste. Das Handwerk verdient es und hat es recht nötig.

Abgeordneter Herbst: Meine Herren! Es ist ja sehr dankenswert von dem Herrn Abgeordneten v. Dähne, daß er für das Handwerk 40 000 Mk. verlangt. Ich möchte aber einmal die Frage an ihn stellen, wie er sich die Verwendung zur Unterstützung des Handwerks eigentlich denkt. Nach den Worten, die von seiner Seite und auch von der des Herrn Abgeordneten v. Ernst gefallen sind, scheinen sie mehr Unterstützungsgelder für die Handwerker sein zu sollen. Ich glaube, dagegen wird sich doch das Handwerk ganz entschieden wehren (Bravo!), und die Handwerker wüßten — offen gestanden — gar nicht, was sie im Augenblick mit dem Gelde anfangen sollten.

Abgeordneter von Dähne: Ich habe natürlich nicht daran gedacht, daß etwa notleidende Handwerker davon unterstützt würden. Diese Mittel lassen sich auch in anderer Weise verwenden, z. B. zur Förderung der Ausbildung von Lehrlingen, Stiftung von Preisen und Ausbildung von den Leuten, die sich dem Handwerke gewidmet haben und widmen wollen. Aber da die Herren gar keinen Anspruch darauf erheben, wie der Herr Abgeordnete Herbst soeben erklärt, ziehe ich meinen Antrag hiermit zurück.

Abgeordneter Meyerhoff: Meine Herren! Ich bin nicht etwa der Meinung, daß wir das Geld nicht gebrauchen könnten; aber vorläufig sind wir mit der Unterstützung der Regierung zufrieden.

Wenn der Herr Abgeordnete von Dähne jetzt das Fortbildungsschulwesen und anderes erwähnt, so werden wir vom Staate die Zuschüsse erhalten, die wir rechtlich zu verlangen haben. Ich wüßte also auch nicht, wozu die übrigen 30 000 Mk. verwandt werden sollten. Es müßte also gradezu ein Fonds gebildet werden, aus dem notleidende Handwerker unterstützt würden. Aber meine Herren, ich spreche es hier ganz offen aus: Trotz der schweren Lage, in der sich das Handwerk befindet, — Almosen nimmt es nicht! (Bravo!) Die Mittel, die zur Ausbildung unserer jungen Leute dienen, nehmen wir sehr gern an; aber eine Pensionskasse für Handwerker wollen wir vorläufig nicht haben. Wenn das Bedürfnis dazu sich einmal einstellt und eine offene Hand sich findet, dann ist es möglich, daß wir auch Pensionsgelder nehmen.

Abgeordneter Struve: Ich möchte gern Auskunft darüber haben, wozu die 5000 Mk. für das Handwerk und die 20 000 Mk. für die Landwirtschaft jährlich verwendet werden. Für das Fortbildungsschulwesen werden sie jedenfalls nicht gebraucht; denn das steht ja in diesem Kapital unter Nr. 3. Ich wäre dem Referenten der Finanzkommission sehr dankbar, wenn er uns darüber mal Auskunft geben wollte.

Abgeordneter Langerfeldt als Kommissionsreferent: Der Referent ist leider nicht in der Lage, Ihnen Auskunft zu erteilen, bittet seinerseits den Herrn Minister des Innern darum.

Abgeordneter Osterloh: Meine Herren! Wir haben noch nicht einmal die 5000 Mk. verbrauchen können, da die Veranlassung dazu nicht vorlag. Wir können sie doch nicht zu Unterstützungszwecken benutzen. Die Summe ist für allgemeine Zwecke bewilligt, für Buchführungskurse, für Meisterkurse und ähnliche ideale Zwecke. Außerdem steht uns noch ein anderer Fonds zur Verfügung. Ich verstehe nicht, wie der Herr Abgeordnete von Dähne diesen Antrag stellen kann. Wenn es nötig gewesen wäre, hätten wir es ohne Frage selbst getan.

Wirklicher Geh. Rat Hartwig: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat ganz recht, wenn er darauf hingewiesen hat, daß der Regierung zur Förderung des Handwerks neben dem Fonds, der hier im Etat eingestellt ist, noch ein anderer zur Verfügung steht, nämlich der Teil des Warenhausfonds, der auf Grund des Gesetzes der Regierung überwiesen wird. Mit Hilfe dieses und des in dem Etat des Staatshaushaltes ausgeworfenen haben wir bislang die Wünsche der Handwerkskammer, des Handwerks befriedigen können. Die Verwendung findet statt zur Förderung des Handwerks im weitesten Sinne. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Einrichtung von Meisterkursen eine regelmäßige jährliche Ausgabe veranlaßt, ferner ist zu bemerken, daß wir die Kosten bestreiten, die bei den Wahlen der Kammermitglieder entstehen, die regelmäßig durch die Ergänzungswahlen veranlaßt werden, und daß wir die Besoldung der Regierungskommissare bestreiten, die wir für die Meisterprüfungen eingesetzt haben. Wir halten es für zweckmäßig, daß diese Prüfungen nicht wie anderwärts allein von den Handwerksmeistern vorgenommen werden, sondern daß an ihnen zur Kontrolle auch ein von der Regierung bestellter Beamter teilnimmt. Dieser Beamte bekommt übrigens eine laufende Entschädigung nicht, sondern nur für einzelne Sitzungstage eine Vergütung. Diese Maßnahme ist, glaube ich, im ganzen Lande als eine sehr gute und wirksame anerkannt.

Dann, meine Herren, haben wir der Handwerkskammer Beträge verwilligt, die es ermöglichen, daß eine Reihe von Gesellen und kleinen Meistern Beihilfen zum Besuche auswärtiger Veranstaltungen und Ausstellungen erhalten. Wir haben Lehrern zu ihrer Instruktion Beihilfen gegeben, und so gibt es eine ganze Reihe von Anlässen, die wir benutzen, um die Summe zu verwenden.

Nun aber meine Herren, kommt noch eins hinzu. Wir haben etwas gespart und zwar deshalb, weil die Einrichtung des neuen Lehrlingsheims hier in Braunschweig bevorsteht, das, wie sie ja wissen, hinter dem Gildehause jetzt nahezu fertiggestellt ist, und in dem zur allgemeinen Befriedigung alte Überreste noch Verwendung gefunden haben, daß im Anschluß an den Stil des alten Gildehauses gebaut wird und auch wieder einen Schmuck der Stadt Braunschweig bilden wird. Dieses Lehrlingsheim muß ausgestattet werden mit einer Menge verschiedener Einrichtungen zur Förderung des Handwerks, des Lehrlingswesens und der Meister, und dafür wird eine ganze Menge Geld verwendet werden müssen. Nun glaube ich aber, daß zurzeit, wo uns der Warenhausfonds zur Verfügung steht, mit der Summe von 5000 Mk. jährlich noch auszukommen ist. Treten aus der Mitte des Handwerks größere begründete Anforderungen an uns heran, dann werden wir Ihnen damit kommen und Sie um weitere Verwilligungen ersuchen.

Nach der Bemerkung des Abgeordneten Struve, er bitte noch um Auskunft, wozu die 20 000 Mk. für die Landwirtschaft jährlich verwandt würden, fand der Kommissionsantrag 29 Annahme.

Nach dem Übergange zur Besprechung der Nr. 6 (Fonds zur Förderung der Landwirtschaft) ergriff das Wort

Abgeordneter Mackensen von Astfeld. Meine Herren! Nach den eben gesprochenen Worten scheint es vielleicht gewagt, wenn ich hier quasi als Vertreter der Landwirtschaft, jedenfalls als Mitglied der Landwirtschaftskammer, mit einem Antrage an sie herantrete, der auf Vermehrung der Ausgaben geht. Trotzdem glaube ich, damit hier jetzt nicht hinter dem Berge halten zu dürfen. Mein Antrag geht dahin:

„Die Landesversammlung wolle beschließen, der Herzoglichen Landesregierung in Kapitel XII (T zu B) zur außerordentlichen Verwendung zu Staatszwecken unter Nr. 6, „Fonds zur Förderung der Landwirtschaft“, statt 40 000 Mk. für 1910/12 60 000 Mk. zur Verfügung zu stellen.“

Meine Herren! Almosen, Unterstützung will auch die Landwirtschaft nicht haben. Die Landwirtschaft hat aber Aufgaben zu erfüllen, die im allgemeinen Interesse liegen und die mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln nicht durchzuführen sind. Deshalb geht die Bitte an Sie, den Antrag zu unterstützen und die Summe zu bewilligen.

Soweit der stenographische Bericht.

Zu dem Antrage des Herrn v. Dähne selbst wolle er hinzufügen, daß Herr v. Dähne mit keinem der genannten 3 Handwerksvertreter über seinen Antrag gesprochen habe und daß er deshalb nur annehmen könne, daß Herr v. Dähne sich als Freund des Handwerks habe dartun wollen, vielleicht hätten ihm auch noch weitere Hoffnungen vorgeschwebt. Allem Anscheine nach sei aber der Antrag mehr nach außen gerichtet gewesen, als für die Landesversammlung selbst. Zum mindestens habe sich Herr v. Dähne nicht überlegt, was für Unzufriedenheit er durch seinen Antrag in das Handwerk hineingetragen hätte.

Gesetzt den Fall, daß der Antrag des Herrn v. Dähne angenommen, das Geld also wirklich bewilligt wäre, so hätte seiner Ansicht nach das Handwerk doch nichts davon gehabt, da für alle Wünsche, die im Interesse und zur Förderung des Handwerks für die nächste Zeit geplant seien, genügend Mittel bereit und zur Verfügung ständen. Zur einfachen Verteilung oder zur Herabsetzung der Beiträge für die Handwerkskammer, die, nebenbei gesagt, für die Mehrzahl der Handwerker sehr gering wären, sei doch das Geld auf keinen Fall zu haben oder zu benutzen gewesen. Ferner verlange Herzogliches Staatsministerium in jedem Falle, wo es Gelder anweise, eine ausreichende Begründung über die Verwendung derselben und über die zu erwartende Förderung resp. über den dem Handwerk daraus erwachsenden Nutzen.

Er könne aber die Versicherung abgeben, daß bis jetzt von dem Herrn Minister des Innern noch kein Antrag der Handwerkskammer um Geldbewilligung abgelehnt sei. Es habe somit also absolut kein Anlaß vorgelegen, einen Antrag einzubringen dahingehend, die in dem Etat zur Förderung des Handwerks eingestellte Summe zu erhöhen. Würde ein solcher Antrag allerdings nötig, so könnten sich die Anwesenden versichert halten, daß dann der Vorstand der Handwerkskammer eine Erhöhung der Mittel bei Herzoglichem Staatsministerium beantragen und auch begründen würde.

Herzogliches Staatsministerium würde dann schon die erforderliche Summe in den Etat einstellen und alsdann würden auch die Handwerksmeister im Landtage dafür eintreten, daß die Landesversammlung ihre Zustimmung gäbe, aber eines besonderen Antrages des Herrn v. Dähne würde es auch dann nicht bedürfen, sondern dieser wäre mindestens ebenso überflüssig, wie der von letzterem am 16. März 1910 gestellte Antrag.

Er wolle nun hoffen, daß, falls auch bei den Anwesenden wirklich Bedenken über die Zurückweisung des Antrages v. Dähne seitens der genannten Handwerksmeister im Landtage vorhanden gewesen seien, diese durch seine Ausführungen zerstreut wären.

Zum Schluß bitte er die Anwesenden, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse des gesamten Handwerks und auch im Interesse ihrer drei Landtagsabgeordneten nachstehender Resolution zuzustimmen:

„Die heute im „Gildehaus“ tagende X. Vollversammlung der Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig erklärt sich nach der gegebenen Begründung mit dem Vorgehen der Landtagsabgeordneten Herbst, Meyerhoff und Osterloh in der Sitzung vom 16. März 1910 gegen den Antrag v. Dähne vollständig einverstanden.

Herr Cassel-Schöppenstedt gibt seiner Freude über die Stellungnahme der drei Landtagsabgeordneten im Landtage gegenüber dem Antrag v. Dähne Ausdruck und betont dabei, daß entschieden der Standpunkt der Selbsthilfe gewahrt werden müsse, und wenn von dem Handwerk fernstehender Seite diesem Geld aufgedrängt würde, ohne zuvor mit demselben Fühlung genommen zu haben, es nicht genommen werden dürfe.

Herr Märtens-Braunschweig dankt dem Vorsitzenden für die nötige Aufklärung. Nötig sei dieselbe gewesen und zwar deshalb, so führt er aus, weil sonst dieses Vorkommnis evtl. noch weiter entstellt in die Öffentlichkeit dringen könnte, wie es z. B. erst vor kurzem in einer Versammlung der Bäcker-Innung zu Braunschweig geschehen sei, wo Herr Reese eine völlig falsche Darlegung der Sachlage gegeben hätte und wodurch selbstverständlich immer von neuem wieder Unfrieden — noch dazu unbegründeter — ins Handwerk gebracht würde. Nicht nur Innungen, sondern sogar der Schutzverein für Handel und Gewerbe habe die drei Landtagsabgeordneten ungerechtfertigter Weise angegriffen.

Herr Herbst-Braunschweig bemerkt, daß der Antrag des Herrn v. Dähne, wie ja auch im stenographischen Bericht vermerkt, große Heiterkeit im Landtage erregt habe. Denn es sei doch selbstverständlich gewesen, daß, wenn das Handwerk tatsächlich höhere Anforderungen hätte stellen müssen, die drei Vertreter desselben sich dieserhalb nicht an Herrn v. Dähne gewandt haben würden, sondern selbst Mannes genug gewesen wären, einen solchen Antrag zu stellen. Viel wäre darüber gespöttelt worden, daß er gesagt habe, das Handwerk wüßte augenblicklich nicht, was es mit dem Gelde anfangen sollte. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden würden die Anwesenden aber jedenfalls entnommen haben, daß dieses tatsächlich der Fall sei.

Der Kommissar der Handwerkskammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann bestätigt alsdann, daß er nicht wisse, daß in irgend einem Falle Arbeiten für die Förderung des Handwerks aus Mangel an Mitteln nicht hätten ausgeführt werden können. Soviel ihm bekannt, würde der Herr Ressortminister auch künftig Anträgen und Anforderungen des Handwerks das wohlwollendste Interesse entgegenbringen, namentlich wenn hierbei die Handwerkskammer den von Herrn Cassel zum Ausdruck gebrachten Standpunkt vertrete, daß der Handwerker keine Almosen empfangen, sondern sich in erster Linie auf sich selbst stellen wolle. Würden sich für die Förderung des Handwerks größere staatliche Beihilfen als notwendig erweisen, so würde die gesetzliche Organisation, die Handwerkskammer selbst, die ja in sich 15000—16000 Handwerker vereine, mit entsprechender Begründung ihre Anträge zu stellen haben und zweifellos auch stellen. Aus diesem Grunde könne er als Kommissar der Handwerkskammer die Stellungnahme der Handwerksvertreter in der Landesversammlung gegenüber dem Antrag v. Dähne nur als durchaus richtig und sachgemäß bezeichnen.

Der Vorsitzende teilt dann noch mit, daß verschiedentlich der Gedanke aufgetaucht sei, daß von diesen im Landtage beantragten Geldern doch die Handwerkskammerbeiträge hätten bezahlt werden können. Dieser Vorschlag zeuge davon, daß über die wirkliche Höhe der Handwerkskammerbeiträge große Unwissenheit herrsche. Ganz abgesehen davon, daß verschiedene Gemeinden die Handwerkskammerbeiträge aus der Gemeindekasse zahlten, seien dieselben so gering, daß ein derartiger Vorschlag wohl kaum ernst zu nehmen wäre. Bedächte man, daß im Herzogtum insgesamt 15 000—15 500 selbstständige Handwerker vorhanden seien, die zu dem Etat der Handwerkskammer zu zahlen hätten, so betrüge im Durchschnitt der Handwerkskammerbeitrag jedes Einzelnen pro Jahr zirka 1,25 Mk. Da nun in der Regel 20% der Gewerbesteuer als Handwerkskammerbeiträge erhoben würden, so stellten sich nach der Höhe der Gewerbesteuer die Beiträge etwa wie folgt:

ca. 3000 Handwerker zahlen 2% Gewerbesteuer u. danach p. J. bis 0,40% Handwerkskammerbeitr. = 1200%									
"	3000	"	"	4	"	"	"	0,80	" = 2400 "
"	6000	"	"	6	"	"	"	1,20	" = 7200 "
"	2000	"	"	9	"	"	"	1,80	" = 3600 "
"	500	"	"	12	"	"	"	2,40	" = 1200 "
"	300	"	"	15	"	"	"	3,00	" = 900 "
"	300	"	"	18	"	"	"	3,60	" = 1080 "
"	200	"	"	zusammen					1420 "

ca. 15300 Handwerker zahlen zusammen 19000%

In der Stadt Braunschweig werden 24% der Gewerbesteuer erhoben.

Danach wird die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Alsdann nimmt Herr Behrens-Braunschweig das Wort zu folgender Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren, liebe Handwerksgenossen! Als vor nunmehr 10 Jahren die Handwerkskammer ins Leben trat, wurde ein Mann als Vorsitzender an die Spitze gestellt, auf den wir stolz sein können — ein Mann aus dem Handwerk und für das Handwerk. Was derselbe in diesen 10 Jahren für das Handwerk getan hat, ist schon verschiedene Male anerkannt, erst noch in jüngster Zeit von höchster Stelle durch eine Ordensauszeichnung. Aus diesem Grunde haben auch die Mitglieder der Handwerkskammer sich veranlaßt gesehen, des heutigen Tages zu gedenken und ihrem verehrten Vorsitzenden, Herrn Carl Osterloh eine kleine Aufmerksamkeit zu erweisen.“

Dem Vorsitzenden wird eine große silberne Bowle mit der Inschrift: „Dem geehrten Vorsitzenden der Handwerkskammer Herrn Carl Osterloh in Anerkennung seiner Verdienste gewidmet von den Abgeordneten zur Handwerkskammer 1900—1910“ und eine von Herrn Malermeister Th. E. Meyer verfaßte poetische Ehrung in Form eines künstlerisch ausgestatteten Diploms sowie ein Blumenstrauß überreicht.

Für diese ihn völlig überraschenden Ehrungen dankt der Vorsitzende in bewegten Worten und gibt die Versicherung, auch in Zukunft alles nur irgendwie in seinen Kräften stehende für die Förderung des Handwerks tun zu wollen. Nachdem dann noch Herr Herbst-Braunschweig der Herren Behrens, Göcke, Kronemann, Geffers und Kaulitz, die in den 10 Jahren als Vorstandsmitglieder der Kammer tätig gewesen sind, mit dankenden Worten gedacht und ein freudig aufgenommenes Hoch auf dieselben ausgebracht hat, wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Dem Beschlusse der vorjährigen Vollversammlung zufolge war der gedruckte Geschäftsbericht (siehe Anlage) den Mitgliedern bereits mit der Einladung zugleich zugegangen, und wird derselbe vom Vorsitzenden zur Debatte gestellt.

Herr Ehlers-Holzminde sieht als Grund dafür, daß sich, wie auf Seite 15 des Geschäftsberichts gesagt, zu den von der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung zu Berlin veranstalteten Kursen keine Teilnehmer gefunden haben, den Umstand mit an, daß in dem zur Teilnahme an diesen Kursen auffordernden Rundschreiben an die Bäcker-Innungen gesagt sei: „Nur „bedürftigen“ Personen stände eine Unterstützung zu.“ An dem Worte „bedürftigen“ würde wohl mancher Anstoß genommen haben.

Der Vorsitzende entgegnet, daß künftig in derartigem Schreiben dieses Wort nicht gebraucht werden sollte.

Weitere Einwendungen gegen den Geschäftsbericht werden nicht erhoben. Der Sekretär erstattet dann über die seit Bestehen der Kammer entfaltete Tätigkeit folgenden Rückblick:

Der Herr Vorsitzende hat ja schon mit einigen Worten auf die Bedeutung der heutigen Tagung der Handwerkskammer hingewiesen und dabei hervorgehoben, daß jetzt 10 Jahre verflossen sind, seitdem diese ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich in unmittelbarem Anschluß an den Ihnen bereits im Druck zugestellten Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr noch einen kurzen Rückblick auf die Wirksamkeit der Kammer seit dem Jahre 1900 werfe.

Wie Ihnen allen bekannt, ist die Handwerkskammer eine auf Grund der sogen. Handwerkernovelle vom 26. Juli 1897 geschaffene Institution, die, wie es in den Motiven zu diesem Gesetze heißt, einmal dazu berufen ist, die Gesamtinteressen des Handwerks und die Interessen der einzelnen Handwerke gegenüber der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates zu vertreten und zwar sowohl durch Erstattung der von den Staatsbehörden einzuholenden Gutachten, als auch durch die aus ihrer eigenen Initiative hervorgehenden Anregungen, daneben aber auch als Selbstverwaltungsorgan die Aufgabe haben soll, diejenigen zur Regelung der Verhältnisse des Handwerks erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, die noch einer Ergänzung durch Einzelvorschriften bedürftig und fähig sind, für ihren Bezirk weiter auszubauen, die Durchführung der gesetzlichen und von ihr selbst erlassenen Vorschriften in ihrem Bezirk zu regeln und, soweit erforderlich, durch besondere Beauftragte zu überwachen und endlich solche auf die Förderung des Handwerks abzielende Veranstaltungen zu treffen, zu deren Begründung und Unterhaltung die Kräfte der lokalen Organisationen nicht ausreichen.

Unter diesen lokalen Organisationen sind in erster Linie die Innungen gemeint, d. h. diejenigen Korporationen, denen das Gesetz das Recht zugesprochen, die Vertreter der Kammer aus ihrer Mitte zu wählen, und die bereits bei Gründung der Kammer den Vorschriften der Gewerbeordnung entsprechend reorganisiert waren. Daß nur mit Hilfe der Innungen positive Arbeit von der Kammer geleistet werden konnte, stand ohne Zweifel von vornherein fest. Deshalb hat der Vorstand vom Beginn seiner Tätigkeit an sein Hauptaugenmerk auf die Stärkung des Organisationsgedankens gerichtet, und, soviel in seinen Kräften stand, dem Ausbau des Innungswesens Rechnung getragen. Der Fortschritt auf diesem Gebiete in dem letzten Dezennium ist auch nicht zu verkennen; denn bei Errichtung der Kammer existierten 127 Innungen (80 Zwangs- und 47 freie Innungen), augenblicklich dagegen sind 155 Innungen (83 Zwangs- und 72 freie Innungen) vorhanden, mithin ist ein Zuwachs von 3 Zwangs- und 28 freien Innungen zu verzeichnen. Ferner sind zurzeit im Kammerbezirke 5 Innungsausschüsse vorhanden. Die Anzahl der Innungsmitglieder beträgt schätzungsweise 8000, so daß, da etwa 15000 selbständige Handwerker im Kammerbezirk ansässig sind, mehr als die Hälfte davon organisiert ist. Die Zahl der Lehrlinge beläuft sich insgesamt auf etwa 5000, wovon ungefähr 4000 bei Innungsmeistern beschäftigt werden; über die Gesamtzahl der Gesellen lassen sich ziffernmäßige Angaben leider nicht machen, da entsprechende Ermittlungen in allerletzter Zeit nicht angestellt sind; immerhin dürfte aus einer früheren Innungsstatistik zu folgern sein, daß mehr als 9000 Innungsgesellen existieren. Über die Leistungen der einzelnen Innungen läßt sich allerdings bedauerlicherweise kein günstiges Urteil fällen; denn im allgemeinen kann man wohl behaupten, daß sie zum größten Teil kaum die ihnen durch das Gesetz auferlegten obligatorischen Aufgaben erfüllt haben, und diesem Umstande ist auch zuzuschreiben, daß die Arbeiten der Kammer zeitweise dadurch sehr beeinträchtigt sind, indem der Vorstand die Geschäfte nicht immer in dem Maße hat erledigen können, wie es bei reger Mitarbeit der Innungen wohl möglich gewesen wäre.

Was nun die Tätigkeit der Kammer anbelangt, so war es selbstverständlich, daß sie in erster Linie den ihr gesetzlich zugeschriebenen Aufgaben gerecht werden mußte. Der Vorstand beschäftigte sich daher zunächst mit der Regelung des Lehrlingswesens. Es wurden besondere Lehrlingsvorschriften erlassen, die mit

dem 1. Januar 1902 in Kraft traten und inzwischen durch den Nachtrag vom 22. Juni 1908, sowie durch die im vorigen Jahre auf Grund des Gesetzes über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis erfolgte Neuredigierung mehrfache Änderungen erfahren haben. Mit diesen Vorschriften zugleich wurden besondere Normallehrvertragsformulare aufgestellt und die Führung von Lehrlingsrollen angeordnet, um jederzeit einen Überblick über die im Kammerbezirk beschäftigten Lehrlinge zu haben. Von Herzoglichem Staatsministerium wurde eine allgemeine Gesellenprüfungsordnung erlassen, die zurzeit noch maßgebend ist. Um aber auch den Lehrlingen Gelegenheit zur Ablegung der Gesellenprüfung zu geben, mußten Prüfungsausschüsse für alle diejenigen Handwerkszweige, in welchen der Regel nach Lehrlinge Beschäftigung finden, errichtet werden. Sämtliche Einrichtungen verursachten große Mühe und Arbeit und nahmen viel Zeit in Anspruch, haben sich aber im großen und ganzen als brauchbare Mittel zur Förderung des jungen Nachwuchses im Handwerk bewährt. Allerdings soll dabei nicht unerwähnt bleiben, daß das Gesellenprüfungswesen noch in mancher Beziehung einer Verbesserung bedarf und daß schon die entsprechenden Vorarbeiten dazu von der Kammer in Angriff genommen sind. In der Besetzung der Prüfungsausschüsse für die Abnahme der Gesellenprüfungen sind zwar zahlreiche Veränderungen im Laufe der Jahre zu verzeichnen, ihre Zahl ist aber ungefähr in der gleichen Höhe geblieben. Zurzeit sind 190 Innungsprüfungsausschüsse und 38 Handwerkskammerprüfungsausschüsse vorhanden.

An dieser Stelle mag noch eingeschaltet sein, daß die Handwerkskammer auch Leitfäden zur Vorbereitung für die Gesellenprüfung für einzelne Handwerkszweige herausgegeben hat, die nicht nur im Herzogtum Braunschweig, sondern selbst in einigen Teilen des Deutschen Reiches großen Absatz gefunden haben.

Das sog. Beauftragtenwesen, das mit dem Lehrlingswesen im engsten Zusammenhange steht, ist bis jetzt im Kammerbezirk noch nicht zur Einführung gelangt, wenigstens nicht in der Weise, wie es in anderen Kammerbezirken zum Teil geschehen, daß besondere Beamte dafür bestellt sind. Um aber feststellen zu können, ob die gesetzlichen und die von der Kammer erlassenen Vorschriften auch befolgt werden, hat man — vorzüglich in den letzten Jahren — von Zeit zu Zeit Mitglieder des Vorstandes und auch den Bureauvorsteher der Kammer probeweise mit der Kontrolle von Handwerksbetrieben in einzelnen Landesbezirken beauftragt. Das Ergebnis hat gezeigt, daß leider vielfach noch große Unkenntnis auf allen Gebieten herrscht, die das Lehrlingswesen betreffen, und daß namentlich die Zahl derjenigen Handwerker, welche die Handwerkskammer als solche noch mit skeptischen Blicken betrachten, nicht unbedeutend ist. Es bedarf daher noch fortgesetzter und anhaltender Tätigkeit des Vorstandes, damit die Handwerker mit allen den vorerwähnten, auf Grund der Handwerkernovelle geschaffenen Neuerungen sich immer mehr und mehr vertraut machen.

Nächst der Regelung des Lehrlingswesens mußte dem Meisterprüfungswesen Beachtung geschenkt werden. Es wurden Meisterprüfungsordnungen aufgestellt, und für jedes einzelne Handwerk besondere Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der praktischen Prüfungsarbeit und der in der theoretischen Prüfung an die Prüflinge zu stellenden Anforderungen erlassen: ferner wurden Herzoglichem Staatsministerium die für die Besetzung der zu errichtenden Prüfungskommissionen erforderlichen Vorschläge unterbreitet, so daß die erste Meisterprüfung am 4. November 1902 stattfinden konnte. Meisterprüfungskommissionen bestehen zurzeit 118. Die Zahl der Meisterprüfungen hat von Jahr zu Jahr zugenommen und namentlich in den letzten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 30. Mai 1908 über den kleinen Befähigungsnachweis eine erhebliche Steigerung erfahren. Bis zum 1. April d. Js. haben sich 678 Prüflinge der Meisterprüfung unterzogen, nur 11 davon haben die Prüfung nicht bestanden. — Anfänglich wurden zwar von den Innungen des Herzogtums viel Klagen darüber laut, daß der Gesetzgeber ihnen das Recht, selbst Meisterprüfungen abzunehmen, genommen habe, und es wurde mehrfach das Verlangen ausgesprochen, daß diese Beschränkung wieder aufgehoben werden müsse. Nach und nach hat man aber den Segen dieser Neuerung eingesehen, und es kann mit Genugtuung festgestellt

werden, daß gerade jetzt auf die Ablegung der Meisterprüfung vor den quasi staatlichen Meisterprüfungskommissionen ganz besonderer Wert gelegt wird. Das ist besonders der Fall, seitdem der langersehnte Wunsch des Handwerks auf Einführung des kleinen Befähigungsnachweises durch das mehrerwähnte Gesetz vom Jahre 1908 in Erfüllung gegangen ist.

Auch zur Vorbereitung für die Meisterprüfung, speziell in der Gesetzeskunde ist ein Katechismus herausgegeben, der in diesem Jahre bereits in dritter, vermehrter Auflage erschienen ist.

Da der Vorstand schon von Beginn seiner Tätigkeit an der Überzeugung war, daß neben den aufgeführten, gesetzlich vorgeschriebenen Einrichtungen auch solche von der Kammer geschaffen werden müßten, die den selbständigen Handwerkern greifbare Vorteile brächten, so wurden zunächst kurzfristige Meisterkurse veranstaltet, die teils reine Fachkurse waren, sich teils nur auf das Gebiet der einfachen Buchführung einschließlich Wechselrecht erstreckten. Bedauerlicherweise haben diese Kurse aber sehr wenig Beifall gefunden. Die wiederholten Versuche des Vorstandes, die Handwerker für solche Kurse zu gewinnen, haben nichts genutzt, und alle Hinweise darauf gelegentlich der Obermeistertage und der jährlich veranstalteten Handwerkertage sind ungehört geblieben. Die Folge davon ist, daß insgesamt nur 8 Fachkurse und 31 Buchführungskurse abgehalten werden konnten; der größte Teil der Buchführungskurse entfällt besonders auf die Wintermonate der Jahre 1904 und 1905. Statt der beständigen Zunahme der Kurse, wie sie zu erwarten gewesen wäre, ist also eine auffallende Abnahme eingetreten, was am besten daraus erhellt, daß in den letzten 3 Jahren nur ein Buchführungskursus zustande kam, außerdem allerdings 5 Fachkurse, speziell in den Wintern 1907 und 1908.

Zu den weiteren Einrichtungen ist dann die im Jahre 1902 erfolgte Errichtung einer Krankenunterstützungskasse, A. G., der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig zu zählen. Man hätte meinen sollen, daß eine derartige Wohlfahrtsinstitution mit Freuden aufgenommen und die Zahl der Kassenmitglieder von Jahr zu Jahr größer geworden wäre. Aber auch hier hat sich aus unerklärlichen Gründen das Gegenteil gezeigt! Die Kasse hat ständig Mitglieder verloren, so daß trotz der im letzten Jahre eingetretenen Besserung ihr zurzeit nur 152 Meister angehören, obwohl zu Beginn ihrer Tätigkeit bereits weit über 200 Handwerksmeister Aufnahme darin gefunden hatten. Dabei muß festgestellt werden, daß die Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig die erste der deutschen Kammern gewesen ist, die eine solche Kasse ins Leben gerufen hat, und daß alle übrigen, die ihrem Beispiele gefolgt sind, die Braunschweiger Satzungen zum Muster genommen haben, demnach auch außer unwesentlichen Abweichungen dieselben Krankenunterstützungen beibehalten und trotzdem einen steten Zugang an Mitgliedern zu verzeichnen haben.

Ferner wurden Vergünstigungsverträge mit Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, um den Handwerksmeistern, die Sonderverträge mit diesen Gesellschaften einzugehen beabsichtigen, noch private Vorteile zu gewähren. Diese Verträge bezogen sich auf Haftpflicht, Lebensversicherung, Einbruchsdiebstahl, Wasserleitungsschaden, Glasschaden, Sturmschaden, Maschinenschaden und Kraftfahrzeugversicherungen. Bedauerlicherweise ist aber auch hiervon verschwindend wenig Gebrauch gemacht. Auch die Feuerversicherung ist hier noch hinzugekommen.

Dem in Handwerkerkreisen eingerissenen Borgunwesen hat der Vorstand ebenfalls durch entsprechende Maßnahmen entgegenzutreten versucht. Aber auch hier ist festzustellen, daß die kleinen, dafür vorgesehenen, gedruckten roten Zettel, die eine gemeinschaftliche Bekanntmachung der Handels- und Handwerkskammer tragen, und die auf jede ausgehende Rechnung aufgeklebt werden sollen, um das Publikum von dem gemeinsamen Vorgehen der beiden Kammern in Kenntnis zu setzen, so gut wie gar nicht vom Bureau abverlangt werden, und zwar lediglich deshalb, weil die Handwerker glauben, daß das Publikum an den beschlossenen Neuerungen, betr. die rechtzeitige Ausstellung von Rechnungen und die Einschränkung der Kreditfrist auf 3 Monate, Anstoß nehmen würde.

Bekanntlich wurde auch vor 2 Jahren die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse bezw. eines Altersheims, sowie eines Kinderferienheims im Harze angeregt. Der Plan hat jedoch leider noch nicht weiter verfolgt werden können, ist demnach augenblicklich gewissermaßen zum Stillstand gekommen, und zwar lediglich deshalb, weil die Innungen anscheinend den guten Zweck dieser Wohlfahrts-einrichtungen nicht einsehen, indem sie bis jetzt für das Altersheim und für das Kinderferienheim nur geringe Beiträge eingezahlt oder die Einzahlung nur erst in Aussicht gestellt haben. Diese Gelder können noch nicht als Grundstock für die beiden Institutionen angesehen werden.

Endlich wäre noch auf das amtliche Organ der Handwerkskammer hinzuweisen, das lediglich dazu geschaffen war, um die Handwerker des Herzogtums auf billigem Wege von allen wichtigen Angelegenheiten unter Vermeidung von kostspieligen Bekanntmachungen in den Tageszeitungen in Kenntnis zu setzen. Wie jedoch die kleine Abonnentenzahl beweist (zurzeit etwa 3000), hat der „Handwerksbote“ trotz des geringen Abonnementspreises (1 Mk. pro Jahr bei 24 maligem Erscheinen) wenig Zuspruch gefunden.

Würde der Rückblick hiermit schließen, so dürfte es allerdings den Anschein gewinnen, als wenn die Kammer außer den ihr vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben in dem ersten Dezennium ihres Bestehens nicht viel positive Arbeit geleistet hätte; das trifft jedoch keineswegs zu. Deshalb sollen auch diejenigen Gebiete kurz gestreift werden, auf die der Vorstand unablässig und unermüdlich seine Tätigkeit konzentriert und dadurch soviel erreicht hat, daß man von wirklichen Erfolgen sprechen kann.

Zunächst ist hier das Fortbildungsschulwesen zu nennen. Da man von Anfang an die hohe Bedeutung des Fortbildungsschulunterrichts für den jungen Nachwuchs im Handwerk erkannte, wurde stets die Forderung gestellt, daß das gewerbliche Fortbildungsschulwesen weiter ausgebaut und namentlich der obligatorische Unterricht in den bereits bestehenden Fortbildungsschulen eingeführt werden müsse. Diese Forderung wurde immer nachdrücklicher erhoben, namentlich als sich bei der Abnahme der Gesellenprüfungen die ungenügende Vorbildung der Lehrlinge fühlbar machte. In jedem Jahre wurde das Verlangen nach Neugestaltung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, und zwar mit beruflichem Unterrichte, lauter, und diesem immerwährenden Drängen der Kammer ist es denn auch vor allem zu danken, daß im Jahre 1908 ein Landesgesetz erlassen worden ist, auf Grund dessen die völlige Neuorganisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in die Wege geleitet werden soll. Da die notwendigen Vorarbeiten hierzu aller Wahrscheinlichkeit noch im Laufe dieses Jahres zum Abschluß kommen, so werden voraussichtlich zum 1. April n. J. in allen Städten und Flecken, vielleicht auch schon in einigen Dorfgemeinden des Landes Zwangsfortbildungsschulen errichtet werden, bei denen der Unterricht in möglichster Anlehnung an den Beruf erteilt werden wird, die gewerblichen Interessen also in den Mittelpunkt des Unterrichts treten werden.

Auch das Submissionswesen, das man allgemein schon als das Schmerzenskind des Handwerks bezeichnet, ist gleich in den ersten Jahren in den Bereich der Tätigkeit der Kammer gezogen. Es sind Verbesserungsvorschläge mannigfacher Art den Behörden unterbreitet. Aber da die Materie nach jeder Richtung hin Schwierigkeiten bot, so war es der Staatsregierung nicht leicht, die Wünsche des Handwerks zu erfüllen. Heute kann aber mit Freuden festgestellt werden, daß die ununterbrochene Arbeit der Kammer entschieden gute Früchte gezeigt hat; denn es ist den Bemühungen des Vorstandes gelungen, die Regierung dazu zu bewegen, einen großen Teil der Wünsche des Handwerks zu berücksichtigen. Die wahrscheinlich noch in diesem Jahre von Herzoglichem Staatsministerium zur Veröffentlichung kommende Verordnung über die Vergabe von staatlichen Arbeiten und Lieferungen wird Ihnen jedenfalls zeigen, daß man, soweit es überhaupt möglich war, die bisher im Submissionswesen hervorgetretenen Mängel zu bekämpfen, einen Weg zu ihrer Beseitigung gefunden hat. Es soll deshalb an dieser Stelle auch nicht versäumt werden, Herzoglicher Staatsregierung bezw. der in der Sache unmittelbar interessierten Herzoglichen Baudirektion den

Dank des Handwerks für das Entgegenkommen auszusprechen, das diese Behörden dem Vorstande gegenüber bei den langwierigen Verhandlungen über diese Materie gezeigt haben.

Die Neuorganisation des Fortbildungsschulwesens und die in allernächster Zeit bevorstehende Regelung des staatlichen Submissionswesens bilden somit die Haupterrungenschaften der Kammer in den abgelaufenen zehn Jahren.

Außer diesen wäre dann noch das von der Kammer in hiesiger Stadt gegründete Handwerker-Lehrlingsheim zu erwähnen, das sich von jeher eines großen Besuches zu erfreuen gehabt hat, so daß bei dem Mangel an erforderlichen Räumen hier im Gildehause sich die Notwendigkeit herausstellte, auf dem Hinterlande dieses Grundstückes ein besonderes Gebäude hierfür zu errichten. Dem Vorstande ist es auch auf entsprechendes, an die städtischen Behörden gerichtetes Ersuchen gelungen, sie für einen Neubau des Lehrlingsheims zu gewinnen. Die Mittel dazu werden aus den Erträgen der sogen. Warenhaussteuer zur Verfügung gestellt.

Auch das vor einigen Jahren mit Billigung Herzoglichen Staatsministeriums von der Kammer ins Leben gerufene Sachverständigen-Institut darf nicht vergessen werden; es verfolgt den Zweck, Prozessen zwischen Handwerksmeistern und Publikum oder zwischen Handwerksmeistern untereinander oder mit Lieferanten möglichst vorzubeugen. Das Institut hat sich allerdings noch nicht so, wie wohl gewünscht, eingeführt, aber in den Fällen, wo es in Wirksamkeit getreten ist, hat es sich recht gut bewährt. Es wurden 65 Anträge wegen Erstattung von Gutachten gestellt, der Wert des Streitgegenstandes betrug im Minimum 3 Mk., im Maximum 4000 Mk.

Schließlich wäre noch die von der Kammer angeregte Gründung des Stipendienfonds für strebsame Gesellen und Meister anzuführen; dieser Fonds ist bisher erst einmal angegriffen, im übrigen sind die laufenden Zinsen stets zum Kapital geschlagen.

Der Rückblick würde unvollständig sein, wenn nicht auch noch mit einigen Worten auf die bei weitem umfangreichste Tätigkeit der Kammer in der Erstattung von Gutachten an staatliche und städtische Behörden und den deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag hingewiesen würde. Alle früheren Geschäftsberichte und auch der Ihnen heute im Druck vorliegende beweisen zur Genüge, daß die Kammer auf diesem Gebiete mit jedem Jahre schärfer in Anspruch genommen worden ist. Die Zeit verbietet es jedoch, auf Einzelheiten in dieser Beziehung näher einzugehen. Die Erfolge aus dieser Tätigkeit ergeben sich zum Teil daraus, daß in den abgelaufenen 10 Jahren eine Anzahl von Reichs- und Landesgesetzen sowie Verordnungen erlassen sind, die direkt die Verhältnisse des Handwerks berühren. Besonders hervorzuheben wären die Reichsgesetze über den unlauteren Wettbewerb, den kleinen Befähigungsnachweis, den Befähigungsnachweis im Baugewerbe und über die Sicherung der Bauforderungen, an Landesgesetzen das vorhin schon kurz gestreifte Warenhaussteuergesetz, das abgeänderte Gewerbesteuer-gesetz, die Gesetze betr. die Einrichtung von Bäckereien und Fleischereien usw. sowie die Verordnung betr. Sicherheitsvorschriften über die Ausführung von Bau- und Abbruchsarbeiten.

Auch eine Reihe von Initiativeingaben ist im Laufe der Jahre von der Kammer an staatliche und städtische Behörden gerichtet, was nur beiläufig erwähnt sein mag.

Für 25jährige und längere Tätigkeit in einem und demselben Betriebe sind an 122 Gesellen Ehrendiplome und für 25jährige Tätigkeit als Innungsoberrmeister bzw. 50jähriges Meisterjubiläum an 22 Handwerksmeister Ehrenmeisterbriefe verliehen.

Der Vorstand hat endlich einer Reihe von Handwerksmeistern und Gesellen den Besuch von Ausstellungen, gewerblichen Unterrichtsanstalten usw. dadurch ermöglicht, daß Herzogliches Staatsministerium auf Ansuchen der Kammer Beihilfen im Betrage von etwa 4400 Mk. für diese besonderen Zwecke zur Verfügung stellte. Die gesamten Staatsbeihilfen, die zur Förderung des Handwerks bewilligt wurden, beliefen sich auf 20211,45 Mk.

Aus dem Vorgetragenen geht jedenfalls hervor, daß die Kammer in ihrer 10jährigen Wirkungszeit nicht untätig gewesen ist, sondern zum Teil eine recht ersprießliche und das Handwerk fördernde Tätigkeit entwickelt hat.

Mit dem Wunsche, daß sich in den nächsten 10 Jahren die Entwicklung der Kammer ebenso günstig, ja, wenn möglich, noch besser gestalten und namentlich die Durchführung der Vorschriften über das Fortbildungs- und Submissionswesen dem Handwerk die langersehnte Besserung bringen möge, daß aber auch die Innungen und die im Bezirke der Handwerkskammer wohnenden Handwerker dieser stets mit Rat und Tat zur Seite stehen mögen, sei der Rückblick auf das abgeschlossene Dezennium geschlossen.

Im Anschluß an diesen Rückblick entspinnt sich eine kurze Diskussion.

Herr Meyer-Braunschweig ist zunächst der Ansicht, daß der Rückblick, soweit er die Tätigkeit der Kammer betrifft, als ein erfreulicher zu bezeichnen ist. Zu beklagen sei es aber, daß auch in diesem Rückblick ebenso wie fast in allen bisher erstatteten Geschäftsberichten wieder der unangenehme, jedoch gerechte Vorwurf gemacht werden müßte, daß die Innungen zu wenig mitarbeiteten, und er möchte deshalb den Herren Obermeistern dringend ans Herz legen, auf Anfragen der Kammer rechtzeitig und möglichst ausführlich zu antworten. Ebenso gering, wie die Teilnahme der Innungen an den von der Handwerkskammer angeregten Sachen, sei auch die Wahrung ihrer Interessen, z. B. in den Baugewerks-Berufsgenossenschaften, speziell bei den Sektionswahlen, so daß sämtliche Vertrauensämter fast nur von Maurer- oder Zimmermeistern besetzt wären. Auch in dieser wichtigen Sache möchte er zu einer regeren Beteiligung dringend raten.

Herr Vehe-Braunschweig spricht Herrn Assessor Baumgarten für den erstatteten Rückblick den Dank der Versammlung aus.

Herr Cassel-Schöppenstedt stellt die Anfrage, ob es nicht möglich sei, zu den Meisterprüfungen ab und zu auch die stellvertretenden Beisitzer evtl. nur als Zuhörer hinzuzuziehen, damit diese von dem Prüfungsverfahren Kenntnis erhielten.

Der Vorsitzende verspricht, daß die Meisterprüfungskommissions-Vorsitzenden seitens der Kammer angewiesen werden sollten, dieser gegebenen Anregung gemäß zu verfahren.

Herr Kayser-Helmstedt hält es für ratsam, daß die für die Innungen bestimmten Rundschreiben der Handwerkskammer nicht diesen, sondern den Innungsausschüssen zur weiteren Veranlassung zugesandt werden. Hierdurch würden zweifellos auch die Versammlungen der Innungsausschüsse wieder zahlreicher besucht.

Herr Hardeweg-Helmstedt sieht diesen Vorschlag als nicht durchführbar an, da an vielen Orten kein Innungsausschuß bestände und selbst, wo ein solcher existiere, demselben nicht alle Innungen angehörten. Zweckmäßig würde es aber sein, wenn alle für die Innungen bestimmten Rundschreiben usw. auch den Innungsausschüssen übermittelt würden.

Die Versammlung stimmt diesem Vorschlage des Herrn Hardeweg zu.

Herr Berger-Braunschweig kommt auf die in dem Rückblick erwähnte Krankenunterstützungskasse für selbständige Handwerksmeister zurück und bittet die Anwesenden, indem er ihnen die günstigen Vermögens-Verhältnisse dieser Kasse klarlegt, doch nach Kräften dafür bemüht zu sein, daß die Mitgliederzahl dieser Kasse wesentlich erhöht würde. Als besonders erwähnenswert teilt er mit, daß seit ca. $\frac{3}{4}$ Jahren keine ärztliche Untersuchung bei Neuauftnahmen stattfände.

Diese Bitte unterstützt Herr Märtens-Braunschweig, der noch hinzufügt, daß er auf einer vom deutschen Handwerks- und Gewerbeakammertag einberufenen Konferenz der bestehenden Krankenunterstützungskassen die Überzeugung gewonnen habe, daß die hiesige Kasse ihren Mitgliedern auf Grund der Satzungen das weiteste Entgegenkommen erweise.

Herr Lutterberg-Holzminde gibt noch zur Erwägung, in geeigneter Weise den Handwerkern in den Landkreisen, die sicher vielfach noch gar nichts von der Existenz dieser Kasse wüßten, nähere Mitteilungen darüber zu machen.

II. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.

Namens des Vorstandes beantragt der Vorsitzende, die bisherigen Mitglieder der ständigen Ausschüsse sämtlich durch Zuruf wieder zu wählen. Der Antrag wird einstimmig angenommen und sind demzufolge gewählt in den „Ausschuss für das Lehrlingswesen“ die Herren Burgdorf, Hardeweg und Lutterberg, in den „Berufungsausschuß“ die Herren Horney, Berger und Wolf, in den „Rechnungsausschuß“ die Herren Horney, Vehe und Wolf, in den „Ausschuß zur Förderung des Handwerks“ die Herren Behrens, Göcke, Hahn, Kronemann, Geffers, Bierberg, Lutterberg, und Kaulitz, in den „Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen“ die Herren Meyer, Eicke, Froböse, Kiehne, Kauffmann, Noack, Cassel, Birkholtz, Geffers, Bierberg, Winkler, Schröder, Lutterberg, Ehlers, Blume, Liessmann und Heuwold.

Um 12¹/₂ Uhr tritt eine halbstündige Frühstückspause ein, nach deren Beendigung die Verhandlungen fortgesetzt werden.

III. Abnahme der Jahresrechnung für 1908/09.

Hierzu teilt der Vorsitzende zunächst mit, daß ein Teil der Abrechnung zur Orientierung im Haushaltsplan mit enthalten sei und die Jahresabrechnung im Bureau der Handwerkskammer zur Einsicht ausliege.

Alsdann berichtet Herr Vehe namens des Rechnungsausschusses, daß dieser sämtliche Bücher über die Einnahmen und Ausgaben nebst den dazu gehörigen Belägen in den Sitzungen von 17. und 18. Juni 1909 geprüft und für richtig befunden habe. Es hätte sich beim Rechnungsabschluß eine Einnahme von 22 830,22 Mk. die sich aus einem Kassenvorrat von 5000,— Mk. sowie den Handwerkskammerbeiträgen in Höhe von 17 830,20 Mk. zusammensetze und eine Ausgabe von 17 830,22 Mk. ergeben, so daß am 1. April 1909 der Kassenbestand ebenfalls wieder 5000,— Mk. betragen habe. Die Rechnungsführung sei in jeder Beziehung ordnungsmäßig erfolgt und beantrage er daher, dem Rechnungsführer, Herrn Göcke, für die Jahresrechnung Entlastung zu erteilen.

Diesem Antrage wird stattgegeben.

Danach teilt der Vorsitzende noch mit, dass das Guthaben bei Herzoglicher Finanzkasse Ende März 1910 13 400,— Mk. betragen habe, daß ferner der Stipendienfonds am 1. April 1909 auf 11 099,50 Mk. angewachsen sei und durch weitere Zuschüsse sowie Zinsen am 1. April 1910 die Höhe von 11 476,50 Mk. erreicht habe. Für die Hochzeitsspende Sr. Hoheit des Herzog-Regenten, die ja bekanntlich in einem Prunkschranke bestehen sollte, seien 1513,20 Mk. eingegangen. Die Sammlung für das Altersheim und das Kinderferienheim habe bis jetzt für ersteres 1392,65 Mk., für letzteres 492,95 Mk. ergeben. Außerdem sei vor noch nicht langer Zeit von Herrn Herbst eine Sparbüchse in Form eines Humpen gestiftet mit der Bestimmung, daß die darin gesammelten Beträge — bis jetzt schon 167,— Mk. — ebenfalls dem Fonds des Altersheims zugerechnet werden sollten.

Ueber das zu errichtende Alters- bzw. Kinderferienheim entspinnt sich eine lebhafte Debatte.

Herr Kantner-Wolfenbüttel teilt mit, dass wie der Kammer bereits schriftlich angezeigt, seitens der Sattler- und Tapezierer-Innung zu Wolfenbüttel für das Altersheim 360 Mk. in Aussicht gestellt wären, daß die Auszahlung dieses Betrages aber erst dann erfolgen sollte, wenn Statuten über die Einrichtung vorgelegt würden.

Herr Hardeweg-Helmsedt führt an, daß das Altersheim doch jedenfalls in der Stadt Braunschweig gebaut würde. Aus diesem Grunde brächten viele Handwerker der Institution nicht so reges Interesse entgegen, weil sie sich sagten, daß die Stadt Braunschweig in erster Linie den Nutzen davon habe. Bedeutend mehr Anklang würde seiner Meinung nach die Errichtung finden, wenn das Altersheim in irgend einer anderen Gegend des Herzogtums erbaut würde. Bezüglich des Ferienheims hörte man von den auswärtigen Innungen sehr oft die Einrede, daß sie eine solche Einrichtung für überflüssig hielten, da sie in ihrer Gegend gesunde Luft hätten.

Herr Kretzer-Helmstedt bemerkt, daß der Innungsausschuß zu Helmstedt schon in Erwägung gezogen habe, für den Kreis Helmstedt eine Unterstützungskasse für Handwerksmeister zu gründen. Er stehe jetzt jedoch auf dem Standpunkt, daß, wenn derartiges ins Leben gerufen werden sollte, gemeinsam gearbeitet werden müsse, nur möchte er bitten, von der Errichtung eines Kinderferienheims Abstand zu nehmen, da seiner Überzeugung nach gerade dieses viele Innungen veranlaßt habe, vorläufig keine Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende entgegnet hierauf, daß die beiden in Aussicht genommenen Wohltätigkeits-Einrichtungen von Anfang an getrennt behandelt worden seien, was schon daraus hervorginge, daß verschiedene Innungen für beide Institute und andere wieder nur für eins derselben Beträge gezahlt, bezw. in Aussicht gestellt hätten. Es sei allerdings das Altersheim in den Vordergrund gezogen, doch wäre es vielleicht möglich, späterhin beides miteinander zu verbinden, da das Kinderferienheim hauptsächlich doch nur während der Schulferien benutzt würde und während der übrigen Zeit eventl. als Erholungsheim für Handwerksmeister dienen könnte. Über den Ort, an welchem das Alters- bezw. Kinderferienheim erbaut werden sollte, sei noch gar nichts bestimmt und in Aussicht genommen. Wie aber schon bei früheren Besprechungen erwähnt, wolle Herzogliches Staatsministerium eventl. einen Platz im Harz unentgeltlich zur Verfügung stellen. Herrn Hardeweg könne er aber zur Beruhigung die feste Versicherung geben, daß das geplante Altersheim in der Stadt Braunschweig nicht gebaut oder eingerichtet werden sollte, sondern unter allen Umständen an einem anderen und ruhigeren Orte des Herzogtums. Statuten hätten bisher noch nicht ausgearbeitet werden können, denn da wegen der Herausgabe des Vermögens verschiedener alter Innungen mit den Stadtmagistraten und auch mit einzelnen Innungen selbst noch Verhandlungen schwebten und somit zurzeit noch eine genaue Übersicht der zur Verfügung stehenden Mittel fehle, sei es selbstverständlich auch nicht möglich, Bestimmungen über die zu erwartenden Leistungen der Institute festzulegen.

Von Herrn Tolle-Braunschweig wird in Vorschlag gebracht, kein Altersheim, sondern eine Unterstützungskasse für Handwerksmeister zu gründen, da es doch entschieden besser sei, wenn alte Handwerksmeister später eine Geldunterstützung bekämen, als wenn sie aus ihrer Familie hinaus und in ein Altersheim müßten.

Der Vorsitzende erwidert, daß das Altersheim gleichzeitig als Erholungsheim dienen könnte, daß also Handwerksmeister ganz nach Wunsch nicht gleich dauernd, sondern auch nur für eine bestimmte Zeit Aufnahme darin finden könnten. Der Vorschlag des Herrn Tolle jedoch, eine Unterstützungskasse zu gründen, sei entschieden zu weitgehend, da zu einer derartigen Kasse zu große Summen erforderlich wären und dann auch jedenfalls ständige Beiträge gezahlt werden müßten.

Herr Wolf-Braunschweig widerspricht der Anregung des Herrn Tolle ebenfalls.

Schließlich wird von Herrn Seubert-Wolfenbüttel der Antrag gestellt, auf geeignetem Wege alle Handwerksmeister und selbständige Handwerker des Herzogtums zu ersuchen, für die Errichtung dieser Wohltätigkeits-Einrichtungen einen kleinen Betrag, mindestens 1 Mark, zu zahlen. Denn da im Herzogtum ca. 15000 selbständige Handwerker vorhanden seien und sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur wenige von der Sammlung ausschließen würden, so käme doch auf diese Weise eine ganz ansehnliche Summe zusammen und hätte es alsdann erst Zweck, die näheren Bestimmungen zu beraten.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann hält bei einer derartigen Sammlung, die er übrigens nur empfehlen könne, es für zweckmässig, wenn eine kleine Skizze ausgearbeitet wird, die in kurzen Umrissen den Zweck der Sammlung besage. Von den 15000 im Herzogtum ansässigen Handwerkern würden seiner Überzeugung nach sich doch mindestens 10000 für diese Sache interessieren, so daß aus einer solchen Sammlung dann hervorginge, daß das ganze Handwerk des Herzogtums unter Fortlassung aller örtlichen und persönlichen Ansichten sich einig sei zu einem großen, gemeinsamen Zwecke.

Den Antrag des Herrn Seubert unterstützen die Herren Kronemann-Wolfenbüttel und Bierberg-Gandersheim.

Der Sekretär erhofft von einer solchen Sammlung ebenfalls mehr Erfolg und erklärt sich bereit, sobald die sonstigen Geschäfte der Kammer es erlauben, eine Skizze über die Wohltätigkeitsinstitute auszuarbeiten. Einige Schwierigkeiten würde es allerdings verursachen, an sämtliche Handwerksmeister des Herzogtums heranzutreten, da die Handwerkskammer keine Liste derselben im Besitz habe, jedoch würde sich dieses schon auf irgend einem Wege ermöglichen lassen.

Der Antrag des Herrn Seubert wird alsdann einstimmig angenommen.

IV. Festsetzung des Haushaltsplanes für 1910/11.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1910/11 weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer	1800	M
2. Reisekosten und Diäten	3250	„
3. Gehälter	7850	„
4. Miete	1500	„
5. Heizung und Beleuchtung der Bureauräume	500	„
6. Anschaffungen für das Bureau	200	„
7. Bureau-Unkosten	1800	„
8. Bibliothek	200	„
9. Abonnements für Fachzeitzungen usw. und Beitrag zum deutschen Hand- werks- und Gewerbe-Kammertage	150	„
10. Zuschuß zur Herstellung des „Handwerksbote“	960	„
11. Jahresbeitrag zum Stipendienfonds	300	„
12. Ehrungen	200	„
13. Außerordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes	290	„

Dieser Haushaltsplan nebst einem Überblick über die Ausgaben im Rechnungsjahr 1908/09 und 1909/10 war sämtlichen Abgeordneten zugleich mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt und wird, da irgendwelche Einwendungen dazu nicht erhoben werden, wie im Vorjahre mit 19000 Mark im ganzen genehmigt.

Danach teilt der Vorsitzende mit, daß von Herrn Horney-Braunschweig, der augenblicklich in Wiesbaden weile, ein Telegramm eingelaufen sei, in dem er der Versammlung guten Erfolg wünsche. Das Telegramm wird verlesen.

V. Submissionswesen betr.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, daß endlich nach langer Arbeit und unter großer Unterstützung des Herzoglichen Staatsministeriums, besonders des Herrn Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz Hartweg und des Kommissars der Kammer, Herrn Geh. Regierungsrats Dr. Stegemann die vielen Schwierigkeiten, die dem Erlaß von Submissionsvorschriften entgegengestanden, beseitigt seien und jetzt Vorschriften über die Vergebung von staatlichen Arbeiten und Lieferungen erlassen würden, die, wenn sie auch noch nicht als ideal zu bezeichnen seien, einen großen Fortschritt auf diesem Gebiete darstellten. Der bedeutungsvollste Punkt in den Vorschriften sei der, daß von Herzoglichem Staatsministerium Handwerksmeister ernannt würden, die gemeinschaftlich mit der Herzogl. Bandirektion Normalpreise aufzustellen hätten. Eine weitere wichtige Bestimmung sei, daß die gelieferten Arbeiten genau den Vorschriften und Abmachungen entsprechend abgenommen werden müßten. Selbstverständlich komme es nun auf die Handwerker selbst an, daß die festgesetzten Normalpreise nicht wieder unsinnig unterboten würden. Denn unzweifelhaft hätten die Handwerksmeister die meiste Schuld an dem Ausfall der

Submissionen. Als Beispiel dafür wolle er nur die für den Neubau des Handwerker-Lehrlingsheims abgegebenen Angebote auf je ein Los für die Schlosser- und Tischlerarbeiten anführen.

Für Schlosser-Arbeiten sei das Höchstangebot	1761,— Mk.
das niedrigste Angebot	888,10 Mk.
und für Tischler-Arbeiten (Fenster) das Höchstangebot	1810,— Mk.
das niedrigste Angebot	749,40 Mk.

Gottlob wären ja die Tischler- und Schlosser-Arbeiten dem Mindestfordernden nicht übertragen worden.

Hinzuzufügen wäre noch, daß der betr. mindestfordernde Tischlermeister sich die Probearbeit überhaupt nicht angesehen hätte, weil er keine Zeit dazu gehabt habe. Würden natürlich auf diese Art und Weise auch ferner die Preise einfach geraten, so nützten auch die besten Submissionsbedingungen nichts. Für Fußböden und Fußleisten sei als Höchstgebot 2124,50 Mk. von einem Tischlermeister, als niedrigstes Gebot 1537,25 Mk. von einem Zimmermeister abgegeben.

VI. Fortbildungsschulwesen betr.

Herr Lehrer W. Bauersfeld, der sich speziell mit dem Fortbildungsschulwesen beschäftigt, führt dazu ungefähr folgendes aus:

Der erste deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, der im Jahre 1900 getagt, habe u. a. nach eingehender Erörterung bereits folgenden Beschluß gefaßt:

„Der I. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag ist der Ansicht, daß bei den großen Anforderungen, welche die neuere wirtschaftliche Entwicklung an den Handwerkerstand stellt, neben der Werkstattlehre auch ein ausgedehnter Fach- und Fortbildungsschulunterricht für die Heranbildung des jungen Handwerkers erforderlich ist.

Der I. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag ersucht daher diejenigen deutschen Staaten, in denen dies bisher noch nicht geschehen ist, den Unterricht für die gewerbliche heranwachsende Jugend in der Regel bis zum 18. Jahre in den Fortbildungsschulen, die fachlich zu organisieren sind, obligatorisch zu gestalten und für einen weiteren Ausbau der Fachschulen Sorge zu tragen.“

Daraus ginge also hervor, daß die gewerbliche Fortbildungsschule eine alte Forderung des gesamten deutschen Handwerks sei. Durch Erlaß des Fortbildungsschulgesetzes wäre nun die Regierung den Wünschen des braunschweigischen Handwerks, die durch die Handwerkskammer tatkräftig vertreten worden seien, entgegengekommen.

Er geht dann auf die künftige Gestaltung des Fortbildungsschulwesens im Herzogtum näher ein und bespricht zunächst die Grundsätze für die Errichtung von Handwerkerfortbildungsschulen. Da das gedruckt vorliegende Normalstatut den Mitgliedern ausgehändigt ist, erübrigt sich an dieser Stelle ein weiteres Eingehen darauf.

Im zweiten Teil seines Vortrages legt er dann den Normallehrplan für eine Handwerkerfortbildungsschule in seinen Grundzügen dar.

Als Lehrfächer seien vorgesehen:

1. Gewerbekunde (Fachunterricht, gewerbliche Gesetzeskunde u. a.).
2. Geschäftskunde (Korrespondenz, kaufmännische und bürgerliche Formulare, Scheck- und Wechselkunde u. a.).
3. Gewerbliches Rechnen und Geschäftsberechnungen.
4. Zeichnen.
5. Lebens- und Bürgerkunde.
6. Buchführung.
7. Für diejenigen Handwerke, die keine Kenntnis des Zeichnens erfordern, ein Ersatzunterricht, für den eine Erweiterung der Gewerbekunde, physikalische und allgemeine technologische Stoffe in Frage kämen.

Aus den beiden Lehrfächern, die für das Handwerk ein besonderes Interesse hätten, Zeichnen und Gewerbekunde, wolle er noch kurz einige nähere Angaben machen.

Die Aufgabe des Zeichenunterrichts solle sein, den Schüler dahin zu bringen, daß er Werkstattzeichnungen verstehen und einfache selbst ausführen könne. Die Schüler wären in 2 Hauptgruppen zu scheiden und zwar in die technischen und in die schmückenden Berufe. Das Zeichnen der technischen Berufe zerfiele in das vorbereitende Zeichnen, geometrische und Projektionszeichnen und Fachzeichnen. Das Projektionszeichnen hätte nur nach Modellen, nie aber nach Vorlagen zu geschehen und seien überhaupt nur solche Verfahren anzuwenden, die für die Fachklasse Wert hätten. Das Fachzeichnen geschähe auf der Mittelstufe ebenfalls nur nach Modellen, auf der Oberstufe könnten jedoch auch Skizzen des Lehrers oder Vorlagen und Abbildungen aus Fachzeitschriften benutzt werden. Bei den schmückenden Berufen hätte die Unterstufe besonders die allgemeine künstlerische Ausbildung des Lehrlings zu pflegen und müßten bei diesem Unterricht Pflanzen, Blätter, Früchte, kunstgewerbliche Gegenstände und mustergültige Abbildungen als Vorlagen dienen. Die beiden folgenden Stufen hätten das Fachzeichnen nach den Anforderungen jedes einzelnen Berufes zu gestalten.

Der Gewerbekunde fiele die Aufgabe zu, als Ergänzung der praktischen Ausbildung der Meister die berufliche Tüchtigkeit des Lehrlings zu fördern, ihn berufs-freudig zu machen und zu eigener Weiterbildung anzuregen. Lehrstoffe dafür seien der Fachunterricht und die gesetzlichen Belehrungen aus der Reichsgewerbeordnung. Der Fachunterricht wieder zerfiele in die Materialienkunde, Werkzeug- und Maschinenlehre (Arbeitstechniken und Arbeitsmethoden). Die gesetzlichen Belehrungen seien ebenfalls auf die 3 Schuljahre zu verteilen. Für das erste Jahr kämen die Bestimmungen über die Ausbildung des Handwerkers, für das zweite die Geschichte und heutige Organisation des Handwerks (Handwerkskammern, Innungen, Innungsausschüsse und Innungsverbände) und für das dritte Jahr die Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Gesellen in Betracht.

Selbstverständlich müßte jeder Lehrplan einer Handwerkerfortbildungsschule aus den örtlichen und gewerblichen Verhältnissen des Schulortes heraus entwickelt werden.

VII. Verschiedenes.

Herr Hardeweg-Helmstedt bittet, bei Herzoglichem Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß eine Verfügung getroffen würde, wonach alle mit Brot oder sonstigen Backwaren Handelnden verpflichtet sind, diese Waren in einem besonderen Raume aufzubewahren, da man in Hökerläden z. B. sehr oft die Wahrnehmung machen könnte, daß Brot usw. mit allen möglichen anderen Sachen, wie Petroleum, Stiefelwiche usw. in einem Raume aufbewahrt würde.

Hieran anschließend wünscht Herr Tolle-Braunschweig, daß seitens der Kammer eine Bestimmung auch darüber herbeigeführt werden möchte, daß Brot und Backwaren nur in reinem Papier eingewickelt verkauft werden dürften und führt zur Begründung an, daß beispielsweise Brot oft in schmutzigem Zeitungspapier eingewickelt verkauft würde, wovon er sich vor kurzem selbst überzeugt habe. Mit dem Papier sei er zur Polizeidirektion gegangen und habe um Schutz gebeten, doch wäre ihm dort eröffnet, daß Bestimmungen darüber nicht existierten.

Herr Hardeweg-Helmstedt entgegnet hierauf, daß die von Herrn Tolle gewünschte Vorschrift in Helmstedt bereits vorhanden sei.

Herr Seubert-Wolfenbüttel bringt die gleichen Klagen betreffs des Fleischer-Gewerbes zur Sprache und bittet auch hier um Abhilfe.

Vom Vorsitzenden wird die Zusicherung gegeben, daß geeignete Schritte zur Abstellung dieser Mißstände unternommen werden sollten.

Herr Bierberg-Gandersheim beantragt alsdann: „Der Vorstand der Handwerkskammer wolle bei maßgebender Stelle dahin vorstellig werden, daß in die Gewerbe-steuerkommission auch Handwerksmeister gewählt würden. Dieser Antrag sei wohl gerechtfertigt, da die Handwerksmeister ebenfalls Gewerbesteuern zahlen müßten und laut eines ihm vorliegenden Auszuges der Gewerbesteuerbehörde die Gewerbesteuerkommission in der Mehrzahl aus Kaufleuten bestände.“

Der Antrag wird angenommen.

Herr Lutterberg-Holzminen kommt auf die Gewerbesteuer zu sprechen und hält es nicht für richtig, daß die Handwerker Gewerbesteuer zu zahlen hätten. Vielmehr müßten seiner Meinung nach in erster Linie die Fabrikanten solche zahlen.

Der Vorsitzende erwidert, daß augenblicklich dem Landtage Anträge auf Änderung der Gewerbesteuer vorlägen, doch würde es sehr schwer halten, hierin Wandel zu schaffen.

Herr Schröder-Seesen kommt noch einmal auf das Submissionswesen zurück und führt Klage über eine in Seesen kürzlich vorgekommene Vergebung.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann führt hierzu aus, daß der Wert der jetzt festgesetzten Submissionsbedingungen darin liege, daß Grundsätze für die abzugebenden Preise aufgestellt würden und somit die Submittenten wüßten, was sie zu fordern hätten. Zu einer idealen Lösung würde man auch auf diesem Wege nicht gelangen, da unter den Handwerkern selbst immer Elemente seien, die sich unterbieten würden. Was die Regierung mit den neuen Vorschriften bezwecke, sei in wenigen Worten, die in den Bedingungen mit aufgenommen seien, zum Ausdruck gebracht, denn es heiße da:

„Maßgebend soll hierbei der Grundsatz sein, daß der Zuschlag nicht solchen Angeboten erteilt wird, bei denen der Bewerber offenbar nicht auf seine Rechnung kommen kann.“

Eine für das Handwerk günstigere Bestimmung sei wohl nicht denkbar, denn hierdurch erkläre das Herzogliche Staatsministerium, daß es wünsche, daß ein jeder Bewerber auf seine Rechnung komme.

Herr Seubert-Wolfenbüttel führt dann noch Klage über das Freibankwesen in Königslutter, worauf er vom Vorsitzenden und dem Sekretär um Zusendung von bezüglichem Material und der Freibankordnung gebeten wird, um weitere Maßnahmen hiergegen unternehmen zu können.

Da sich niemand mehr zum Wort meldet, schließt der Vorsitzende mit kurzen Dankesworten an die Versammlung um 2³/₄ Uhr nachmittags die Sitzung. Im Anschluß an dieselbe fand im Spiegelsaale des Wilhelmsgartens ein Festessen statt, an dem auch Se. Exzellenz, Herr Wirkl. Geh. Rat Hartweg teilnahm.

Der Vorsitzende:

C. Osterloh.

Der Sekretär:

R. Baumgarten.